

## Antrag

der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

### Die Deutsche Welle unterstützen und sie für die Aufgaben der nächsten Jahre stärken

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Unsere Zeit ist geprägt von größten Herausforderungen in schneller Folge, von einer globalen Pandemie, einem Krieg in Europa in unserer unmittelbaren Nachbarschaft und seinen weltweiten wirtschaftlichen und politischen Folgen. Wie der Transformationsindex der Bertelsmann Stiftung (BTI) aus diesem Jahr zeigt, leben zudem immer mehr Menschen in autokratischen Regimen (<https://bti-project.org/de/presse>). Dort, wo Menschen, allen voran junge Frauen im Iran, für Freiheit protestieren, werden sie auf offener Straße von Sicherheitsbehörden verprügelt, verschleppt oder bezahlet, wie im Fall von Jina Mahsa Amini, ihren Freiheitskampf mit ihrem Leben. Diese Entwicklungen sind für freiheitliche Gesellschaften und freiheitliche Demokratien mit einem pluralistischen Medienverständnis bedrohlich. Denn eine diverse und unabhängige Medienlandschaft stellt die Grundlage für eine faktenbasierte Meinungsbildung dar und ist damit demokratierelevant. Derzeit werden gezielte Desinformationen durch Fake News und mit Hilfe von Künstlicher Intelligenz erzeugten sogenannten Deep Fakes Versuche unternommen, destabilisierend zu wirken. Die Gefahr ist groß, und Beispiele der jüngeren Vergangenheit zeigen deutlich, dass die Erkennung erhebliche Probleme bereitet – auch für erfahrene Mediennutzende.

Umso wichtiger ist es, starke mediale Antworten entgegenzustellen. Die Deutsche Welle (DW) ist eine solche Antwort. Sie will vor allem dort ein Informationsangebot sein, wo unabhängige Medien nicht vorhanden sind. Entsprechend formuliert sie in ihrer Aufgabenplanung für die Jahre 2022 bis 2025 eigenverantwortlich und rundfunkrechtlich unabhängig ihre Programmziele, Schwerpunktvorhaben und deren Gewichtung sowie die Herausforderungen und notwendigen Anpassungsbedarfe für den betreffenden Zeitrahmen. Grundlage dafür ist das Deutsche-Welle-Gesetz (DWG). Das DWG sieht ein Beteiligungsverfahren vor, bei dem sowohl die Bundesregierung als auch der Deutsche Bundestag zur Aufgabenplanung der DW Stellung nehmen.

Die DW wird im nächsten Jahr 70 Jahre alt und hat seit ihrem Sendestart im Jahr 1953 den stetigen und großen Wandel der Medienlandschaft von analog zu digital, von Radio über Fernsehen bis hin zu Online-Angeboten mitgeprägt. Als einziger deutscher Auslandsrundfunksender ist sie Schaufenster und Leuchtturm der Bundesrepublik Deutschland in der Welt und musste sich stets selbst weiterentwickeln, um Aufmerksamkeit und Anerkennung in den unterschiedlichen Ländern und Regionen zu erhal-

ten. Die DW ist heutzutage weltweit ein geschätztes Medium und ein geschätzter Medienpartner. Sie genießt mit ihren Angeboten in mittlerweile 32 Sprachen hohes Ansehen, Glaubwürdigkeit und das Vertrauen vieler Nutzerinnen und Nutzer weltweit. Nur so ist zu erklären, dass die Nutzerkontakte über die Jahre konstant angestiegen sind und aktuell rund 289 Millionen wöchentliche Nutzerkontakte erreichen.

Bei dem verständlichen und wichtigen Ansinnen, weltweit so viele Menschen wie möglich zu erreichen und für die Angebote der DW zu begeistern, darf die in § 4 Satz 3 DWG festgeschriebene Förderung der deutschen Sprache nicht vernachlässigt werden. Die deutsche Sprache ist ein wichtiger Bestandteil deutscher Identität und Kultur und es gilt, diesen in § 4 Satz 3 DWG verankerten gesetzlichen Auftrag daher bei allen Übertragungsstrategien entsprechend mitzudenken. Dazu gehört, die intensive wie erfolgreiche Zusammenarbeit mit Mittlerorganisationen wie dem Goethe-Institut e. V. oder den deutschen Auslandsschulen fortzuführen und kontinuierlich weiterzuentwickeln. Ferner vermittelt sie in ihrer unabhängigen Berichterstattung ein realistisches Bild von der Kultur und dem Leben in Deutschland und trägt so auch zu Deutschlands touristischer Attraktivität im Ausland bei. Durch ihre umfangreiche Wirtschaftsberichterstattung zeichnet sie zudem das präzise Bild Deutschlands als Innovations- und Arbeitsstandort.

Mit der vorliegenden Aufgabenplanung 2022 bis 2025 reagiert die DW auf das gewandelte Mediennutzungsverhalten und die neue Medienlandschaft. Für den Aufgabenzeitraum 2022 bis 2025 soll dies über drei Unternehmensziele und drei Schwerpunktthemen erreicht werden. Die DW sieht die weitere Reichweitensteigerung neben der Erhöhung der Relevanz und der Stärkung des Dialogs als wichtiges Unternehmensziel und avisiert eine Steigerung der wöchentlichen Nutzendenkontakte von 289 auf 400 Millionen bis 2025. Gelingen soll dies entsprechend der Aufgabenplanung durch eine Steigerung der regionalen Kompetenz und Präsenz, eine klare Ausrichtung auf „on demand first“ sowie einen effizienten und nachhaltigen Ressourceneinsatz. Die DW setzt im Aufgabenzeitraum 2022 bis 2025 auf globale journalistische Angebote in Deutsch und Englisch sowie in 30 weiteren Regionalsprachen in priorisierten Zielländern. Angesichts der weltweiten Bedeutung der englischen Sprache sowie des im DWG festgelegten Auftrags, die deutsche Sprache zu vermitteln, ist dies konsequent, richtig und nachvollziehbar. Der klar formulierte Fokus auf eine diverse und digitale Unternehmenskultur trägt dem gesellschaftlichen Wandel und dem gewandelten Medienkonsum Rechnung. Hierzu gehört die Ausrichtung auf „on demand first“, was im Lichte eines crossmedial agierenden Medienhauses zwingend notwendig ist, um die digitale Revolution nicht nur zu begleiten, sondern auch aktiv mitzugestalten. Der gewandelte Medienkonsum trägt dazu bei, dass die Nutzenden nicht nur jederzeit und auf unterschiedlichen Übertragungswegen ihre Medieninhalte erwarten, sondern dass diese individuell auf die Zielgruppen zugeschnitten sind. Dies kann nur durch mehr Präsenz, Kommunikation und auf die jeweilige Region zugeschnittene Berichterstattung gewährleistet werden. Die DW hat dieses Bedürfnis der Menschen erkannt und entsprechend in ihre Aufgabenplanung integriert.

In der jüngsten Vergangenheit wurde an mehreren Stellen Kritik an der DW laut. Diese bezog sich zum einen auf den Einsatz freier Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Hier sollte das Ziel lauten, die Zahl der Festanstellungen zu erhöhen. Der Deutsche Bundestag wird sich daher in künftigen Haushaltsverhandlungen für den Ausbau von zusätzlichen Planstellen bei der DW einsetzen. Zum anderen bezog sich die Kritik auf mehrere antisemitische Äußerungen von Mitarbeitenden der DW und von Distributionspartnern sowie auf den Erhalt und die Erweiterung einer Kunstsammlung.

Die 2021 bekannt gewordenen antisemitischen Vorfälle hat die DW zeitnah unabhängig gutachterlich prüfen lassen. Das Ergebnis offenbarte keinen „strukturellen Antisemitismus“ bei der DW, aber antisemitische Positionierungen von Mitarbeitenden und problematische Äußerungen von Distributoren sowie Fehler im Programm. Auf der Basis dieses Gutachtens hat die DW im Einklang mit den eigenen – deutschen wie

europäischen – Werten umfassende Maßnahmen ergriffen, um Antisemitismus innerhalb der DW konsequent und effektiv vorzubeugen. Der Kampf gegen Antisemitismus in der DW hat für den Deutschen Bundestag höchste Priorität, denn die DW als deutscher Auslandssender trägt eine besondere Verantwortung. Die Auseinandersetzung mit Antisemitismus bleibt eine fortlaufende Aufgabe.

Die DW ist eine wichtige mediale Stimme in der Welt. Sie repräsentiert Deutschland und wirbt für Freiheit, Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und die Vielfalt von Lebensentwürfen. Damit informiert sie nicht nur, sondern repräsentiert vielmehr gewachsene europäische Werte. Angesichts zunehmender Unfreiheit in der Welt haben die Aufgaben der DW unveränderte Gültigkeit und eine wachsende Bedeutung. Im Rahmen ihres Auftrages leistet die DW nicht nur im Globalen Süden, sondern auch in vielen anderen Ländern der Welt einen elementaren Beitrag zur zivilgesellschaftlichen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung und Zusammenarbeit. Dies gelingt nicht nur über Medieninhalte, sondern vornehmlich über die DW Akademie als Zentrum internationaler Medienentwicklung, journalistischer Aus- und Fortbildung sowie Wissensvermittlung. Mit den verschiedensten Projekten vor Ort befähigt die DW Akademie Menschen, auf Basis von Fakten und konstruktivem Austausch freie, selbstständige, kritische und unabhängige Berichterstattung zu ermöglichen und so das Menschenrecht auf freie Meinungsäußerung und Zugang zu Wissen und Information in die Welt zu tragen. Sie spielt auch eine wichtige koordinierende Rolle bei der „Hannah-Arendt-Initiative“, mit der das Auswärtige Amt und die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien Journalistinnen und Journalisten, Medienschaffende sowie Verteidigerinnen und Verteidiger der Meinungsfreiheit in Krisen- und Konfliktgebieten im Ausland und im Exil in Deutschland unterstützen will.

## II. Der Deutsche Bundestag begrüßt

1. die von der DW übermittelte Aufgabenplanung für den Zeitraum 2022 bis 2025;
2. die in der Aufgabenplanung für die Jahre 2022 bis 2025 formulierten Schwerpunkte, Programmziele und Schwerpunktregionen, insbesondere die konsequente strukturelle Ausrichtung auf die Herausforderungen einer konvergenten Medienwelt;
3. die konzeptionelle Schärfung der Programminhalte mit Fokus auf Präsenz, Dialog und Regionalität;
4. die Stärkung der Meinungsfreiheit und Demokratie durch entsprechende journalistische Angebote der DW sowie die wichtige Funktion als Vermittler europäischer und westlicher Werte;
5. die Fokussierung auf Multiplikatoren und Informationssuchende als Zielgruppe des Programmangebots;
6. das Vorhaben der DW, bei Mittelaufwuchs das Sprachangebot in den immer wichtiger werdenden Zielregionen Afrikas und Asiens zu erweitern;
7. den Ausbau der russischsprachigen Angebote sowie den aktiven Beitrag der DW gegen Desinformation und Propaganda im Zuge des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine;
8. den angedachten Aufbau von freien russischsprachigen Medien und Medieninhalten in Zusammenarbeit mit der Ukraine und anderen europäischen Partnern;
9. die Strategie medialer Partnerschaften und gemeinsamer Angebote mit anderen Auslandsrundfunksendern, die die demokratische und humanistische Werteordnung der Europäischen Union teilen;

10. den von der DW vorgestellten Maßnahmenplan zur Bekämpfung von Antisemitismus und den aktualisierten „Code of Conduct“, wonach die Deutsche Welle im Miteinander und in ihren Angeboten dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz entsprechend keine Diskriminierung wie Sexismus, Rassismus und Antisemitismus duldet;
  11. die Arbeit der DW Akademie als Lern-, Fortbildungs- und Schutzraum.
- III. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel auf,
1. die Deutsche Welle bei ihrer Neujustierung und Präzisierung ihrer inhaltlichen und organisatorischen Schwerpunkte und Ziele zu unterstützen, wie sie dies in ihrer Stellungnahme (BT-Drs. 20/2720) zu der Unterrichtung durch die Deutsche Welle „Entwurf der Aufgabenplanung 2022 bis 2025“ bereits begonnen hat;
  2. die Transformation zum digitalen Medienunternehmen weiterhin zu unterstützen und sukzessive Mittel für technische Weiterentwicklungen und Infrastrukturen bereitzustellen;
  3. die Deutsche Welle in ihren Bemühungen zu unterstützen, Zensur und repressive technische Blockaden zu umgehen;
  4. alles in ihren Kräften Stehende zu leisten, um den im Koalitionsvertrag verankerten erfolgreichen Ausbau der DW und der DW Akademie fortzusetzen und damit zur Erfüllung ihrer gewachsenen Aufgaben beizutragen;
  5. die DW und die DW Akademie in Zukunft stärker als bislang als wichtige Institutionen der weltweiten Bereitstellung unabhängiger und verlässlicher Informationen der Medienentwicklung sowie der Wertevermittlung zu begreifen;
  6. die Arbeit der DW Akademie zu stärken und diese Arbeit insbesondere in Staaten, die die demokratische und humanistische Werteordnung der Europäischen Union sowie die für sie zentralen Grundsätze wie die Rechtsstaatlichkeit missachten, auszubauen;
  7. die Aktivitäten der DW Akademie in den Zielländern zur Förderung von Demokratie und Zivilgesellschaften künftig, insbesondere in ländlichen Gebieten und mit Frauen, Mädchen sowie allgemein Jugendlichen als Zielgruppen, noch weiter auszubauen und die Kooperation mit Bürgerradios noch stärker zu fördern;
  8. den Dialog mit der islamischen Welt fortzusetzen, indem das seit 2003 aus Projektmitteln des Auswärtigen Amts finanzierte Portal Qantara.de fortgeführt wird;
  9. darauf hinzuwirken, dass die DW zur Prävention vor Antisemitismus externe Expertise in Abstimmung mit dem Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus einbezieht, auch um den angestoßenen Prozess zu evaluieren.

Berlin, den 9. November 2022

**Dr. Rolf Mützenich und Fraktion**  
**Katharina Dröge, Britta Haßelmann und Fraktion**  
**Christian Dürr und Fraktion**